

Entwurf

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) legt in den §§ 55 ff. fest, dass die Neuerrichtung und Erweiterung von Photovoltaikanlagen und damit im Zusammenhang errichtete Stromspeicher, die Neuerrichtung und Revitalisierung von Wasserkraftanlagen, die Neuerrichtung von Windkraftanlagen sowie die Neuerrichtung und Erweiterung von Anlagen auf Basis von Biomasse unter gewissen Voraussetzungen durch Investitionszuschüsse gefördert werden können.

§ 58 Abs. 1 EAG ermächtigt die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft nähere Bestimmungen zur Durchführung und Abwicklung der Investitionsförderung festzulegen.

Mit der gegenständlichen Verordnung werden die konkreten Anordnungen für die Gewährung von Investitionszuschüssen festgelegt.

Die Verordnung regelt zunächst den Gegenstand und die Voraussetzungen für die Gewährung des Investitionszuschusses, enthält Bestimmungen zu den stattfindenden Fördercalls, die Höhe der Fördermittel und Fördersätze, wobei spezielle Regelungen für Photovoltaikanlagen festgelegt werden. Weiters regelt die Verordnung das Verfahren der Fördervergabe, legt die förderfähigen Kosten fest, regelt den Inhalt der Förderverträge, enthält Bestimmungen zur Endabrechnung und Auszahlung der Investitionszuschüsse, regelt Informations- sowie Rückzahlungsverpflichtungen und enthält schließlich Bestimmungen zur Rechtsnachfolge und der Veröffentlichung.

Die Verordnung umfasst auch Regelungen zum Vertragsverhältnis, die nach dem Ökostromgesetz 2012 (ÖSG 2012) in Förderrichtlinien festzulegen waren.

Besonderer Teil

Zu § 1:

Da die Stromproduktion, die nicht für den Eigenverbrauch bestimmt ist, eine wirtschaftliche Tätigkeit darstellt, sind auch Förderungen an Privatpersonen vom unionsrechtlichen Beihilferecht erfasst. Mit der EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom 2023 werden Investitionszuschüsse an Verbraucher als De-minimis-Förderung vergeben. Dies wird in Abs. 4 festgehalten. Ist der Fördernehmer kein Verbraucher iSd Konsumentenschutzgesetzes (KSchG), sind die Regelungen der AGVO zu beachten.

Zu § 2:

Zu Z 3: Davon nicht umfasst sind Schotterflächen.

Zu § 3:

§ 3 legt fest, welche Investitionen Gegenstand des Investitionszuschusses sind.

Abs. 1 Z 2 und Abs. 2 stellen klar, dass Investitionen in Stromspeicher nur in Kombination mit einer Neuerrichtung oder Erweiterung von Photovoltaikanlagen förderfähig sind, während Investitionen in Speicher alleine nicht förderfähig sind. Ebenso sind Stromspeichererweiterungen nicht förderfähig, und zwar auch nicht in Kombination mit einer Erweiterung von Photovoltaikanlagen.

Zu Abs. 3: Mit dieser Bestimmung soll klargestellt werden, dass für die Bestimmung der Lage der Wasserkraftanlage im Sinne des § 56a Abs. 1 Z 1 und 2 EAG – nämlich ob die Anlage in dort genannten ökologisch wertvollen Gewässerstrecken oder Schutzgebieten liegt – der unmittelbare Anlagenbereich, wie er in der jeweiligen wasserrechtlichen Bewilligung definiert ist, maßgeblich ist, wobei es bereits ausreichend ist, dass nur ein Teil des unmittelbaren Anlagenbereichs in einem der genannten Gebiete liegt.

Zu Abs. 5: Baulich doppelt genutzte Anlagenteile (zB Hochbehälter, etc.) sind in der Regel durch die energetische Nutzung von keinen bzw. untergeordneten Mehrkosten betroffen. Daher wird dafür keine Kostenanerkennung bemessen. Mehrkosten gibt es jedoch bei Druckrohrleitungen bis zum Krafthaus sowie zugehörigen mehrfach genutzten elektrischen Anlagenteilen bei Trinkwasserkraftanlagen und Speicherkraftanlagen, daher werden Investitionen in diese Teile zum Teil in die Kostenbasis miteinbezogen. Der 30%-Ansatz entspricht dabei den bisherigen Regelungen in den Förderrichtlinien für Investitionszuschüsse gemäß dem ÖSG 2012. Alle ausschließlich für den Kraftwerksbetrieb maßgeblichen Anlagenteile (zB Turbine, Generator, Krafthaus – sofern ausschließlich durch die energetische Nutzung verwendet, etc.) sind von dieser Bestimmung zur Doppelnutzung nicht umfasst.

§ 3 Abs. 6 legt fest, inwiefern Investitionszuschüsse nach dieser Verordnung mit anderen Förderungen kombiniert werden können. Jedenfalls sind die beihilferechtlichen Schranken nach den unionsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Die Einhaltung dieser Bestimmung soll von der EAG-Förderabwicklungsstelle überprüft werden. Wird eine unzulässige Mehrfachförderung festgestellt, so stellt dies einen Rückzahlungsgrund gemäß § 15 Abs. 1 Z 16 dar.

Zu § 4:

In § 4 werden die Voraussetzungen für die Gewährung des Investitionszuschusses festgelegt.

Zu Abs. 1 Z 2: Um den Anreizeffekt zu erfüllen, muss der Förderantrag nach den beihilferechtlichen Regelungen vor Beginn der Arbeiten bei der EAG-Förderabwicklungsstelle eingebracht werden. Wurde der Förderantrag vor Beginn der Arbeiten bei der EAG-Förderabwicklungsstelle eingebracht, geht der Anreizeffekt nicht verloren, wenn der Antrag aufgrund der in § 55 Abs. 5 letzter Satz EAG normierten Zurückziehungsfiktion im nächsten Fördercall neuerlich eingebracht werden muss, sofern es sich um dasselbe Vorhaben handelt. Die beihilferechtlichen Anforderungen zur Wahrung des Anreizeffekts gelten nicht für De-minimis-Förderungen, weshalb für Verbraucher iSd KSchG eine abweichende Regelung in § 8 Abs. 1a geschaffen wurde.

Zu Abs. 1 Z 3: Bei Windkraftanlagen kann die Erfüllung des Standes der Technik durch die Einhaltung der Normen ÖVE/ÖNORM EN 61400-2 und ÖVE/ÖNORM EN 61400 nachgewiesen werden (siehe dazu auch den Anforderungskatalog des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort für die Beurteilung von kleinen Windenergieanlagen samt Erläuterungen, 2019). Wasserkraftanlagen müssen zumindest ausreichend Restwasser gemäß § 13 der Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer, BGBl. II Nr. 99/2010, in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 128/2019, abgeben sowie über eine dem Stand der Technik entsprechende Fischaufstiegshilfe verfügen. Die Herstellung der Fischpassierbarkeit ist im natürlichen Fischlebensraum in der Regel als Stand der Technik anzusehen. Außerhalb des natürlichen Fischlebensraumes sowie im unmittelbaren Bereich von natürlichen Wanderhindernissen sowie in definierten Ausnahmen der Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG; WRRL) und im Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan 2021 (NGP 2021) ist die Herstellung eines Fischaufstieges bzw. einer diesem entsprechenden Fischpassierbarkeit keine gebotene Maßnahme. Die im Vergleich zur EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom 2022 geringfügig angepasste Formulierung dient lediglich der Präzisierung, führt jedoch nicht zu einer inhaltlichen Änderung der Vorgaben.

Zu Abs. 1 Z 6: Der Abstand der Modulunterkante zum Boden muss mind. 80 cm betragen, damit genügend diffuses Licht und Niederschlag auf den Boden fällt, was die Beeinträchtigung des Bewuchses durch Beschattung verringert. Eine höhere Aufständering ermöglicht auch einen späteren Mahdtermin, da die unterste Modulreihe nicht so schnell durch Aufwuchs verschattet wird. Um eine übermäßige Beschattung des Bewuchses sowie der Anlage selbst zu vermeiden und Niederschlagseinfall unter die Module zu ermöglichen, sind Reihenabstände von mindestens zwei Metern (Weite gemessen zwischen den gegenüberliegenden Modulflächen, nicht zwischen den Aufständeringen) vorzusehen. Bei beweglich montierten Modulen ist für die Abstandsmessung zum Boden die Modulunterkante bei vertikaler Stellung heranzuziehen und für die Reihenabstandsmessung die Modulunterkante bei horizontaler Stellung heranzuziehen.

Zu Abs. 1 Z 7: Wird der Förderwerber zur Einholung von Vergleichsangeboten aufgefordert, bleibt die Reihung seines Antrages gewahrt.

Zu § 5:

In § 5 werden die Zeitfenster der Fördercalls, die Höhe der zur Verfügung stehenden Fördermittel und die jeweiligen Fördersätze für das Jahr 2023 festgelegt. Etwaige Überträge aus nicht vergebenen Fördermitteln aus der EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom, BGBl. II Nr. 149/2022 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 308/2022, sind in den Fördermitteln nicht enthalten.

Die Höhe der jeweiligen Fördersätze ergibt sich aus dem von der BMK in Auftrag gegebenen Gutachten zu den Betriebs- und Investitionsförderungen im Rahmen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (Stand 18. November 2023). Eine Ausnahme stellen die Fördersätze für PV in den Kategorien A und B dar: diese wurden auf politischen Wunsch in der Höhe der vorangegangenen EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom, BGBl. II Nr. 149/2022 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 308/2022, angesetzt und liegen somit über den gemäß der aktuellen Fassung des Gutachtens vorgeschlagenen Werten.

Bei Stromspeichern ist der nutzbare Energieinhalt des Speichersystems in kWh maßgeblich.

Die Höhe der Fördermittel wurde auf Basis der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gemäß dem von der BMK (im Rahmen der Ausarbeitung der Erneuerbaren-Förderbeitragsverordnung 2023) in Auftrag gegebenen Gutachten der Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH sowie unter Berücksichtigung der Zielerreichung von 100% Strom aus erneuerbaren Energieträgern (national bilanziell) bis 2030 festgelegt.

Bei Wasserkraftanlagen wird zunächst differenziert, ob es sich um Anlagen gemäß § 56a Abs. 1 EAG (Engpassleistung bis 2 MW) oder um Anlagen gemäß § 56a Abs. 1a EAG (Engpassleistung von über 2 MW bis 25 MW) handelt. Die Fördermittel für Anlagen gemäß § 56a Abs. 1a EAG sind mit den nicht ausgeschöpften Mitteln gemäß § 27 ÖSG 2012 begrenzt und werden nur bis zum Ausschöpfen dieser Restmittel vergeben. Die in der Verordnung angegebenen Mittel für Wasserkraftanlagen von über 2 MW bis 25 MW dienen hierbei als Orientierung bezüglich der nach derzeitigem Stand 2023 noch verfügbaren Mittel. Sollten noch weitere Mittel nach § 27 ÖSG 2012 frei werden, können diese ebenfalls gemäß § 56a Abs. 1a EAG vergeben werden.

Bei Windkraftanlagen und Wasserkraftanlagen werden zudem die Fördersätze gemäß §§ 56a Abs. 3 und 57 Abs. 3 EAG differenziert nach der Engpassleistung festgelegt.

Zu Abs. 3: Bei Revitalisierungen von Wasserkraftanlagen bemisst sich der höchstzulässige Investitionszuschuss aus der Erhöhung der Engpassleistung oder der Erhöhung des Regelarbeitsvermögens, wobei der höhere Wert heranzuziehen ist.

Die jeweiligen Formeln für die in Abs. 3 Z 1 und 2 textlich dargestellten Berechnungsmethoden lauten:

Zu Z 1 (Erhöhung der Engpassleistung [EPL]):

zusätzlich geschaffene EPL * spezifischer Fördersatz Wasserkraftanlagen Kategorie B

Zu Z 2 (Erhöhung des Regelarbeitsvermögens [RAV]):

EPL (nach Revitalisierung) * (Erhöhung des RAV/RAV nach Revitalisierung) * spezifischer Fördersatz Wasserkraftanlagen Kategorie B

Zu § 6:

In § 6 werden spezielle Vorschriften für Photovoltaikanlagen getroffen, wie sie in § 56 EAG vorgesehen sind.

Die in Abs. 1, 2, 3 und 4 jeweils festgelegten Zu- und Abschläge wurden auf Basis des von der BMK in Auftrag gegebenen Gutachtens zu den Betriebs- und Investitionsförderungen im Rahmen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes festgesetzt.

Da die Installation von Photovoltaikanlagen in erster Linie auf Gebäuden und baulichen Anlagen sowie auf vorbelasteten Flächen beanreizt werden soll, ist für Freiflächenanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen und Flächen im Grünland ein Abschlag auf die Höhe des Investitionszuschusses vorgesehen. Mit den in Abs. 1 genannten Maßnahmen soll eine biodiversitätsfördernde Entwicklung von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen ermöglicht bzw. sichergestellt werden. Sie sollen komplementär zu den naturschutzrechtlichen Vorgaben zu einer möglichst naturverträglichen Umsetzung von Photovoltaik-Projekten beitragen. § 6 Abs. 1 letzter Satz stellt klar, dass die Biodiversitäts-Maßnahmen nicht für Anlagen gelten, welche vom Abschlag befreit sind (Abs. 2 und 3). Ausgenommen sind auch innovative Photovoltaikanlagen (Abs. 5).

Die Maßnahme gemäß Abs. 1 Z 1 zielt auf den Erhalt von vorhandenen Lebensräumen für Pflanzen und Tiere ab. Sie ist grundsätzlich weder mit Kosten noch mit einem Mehraufwand verbunden. Lediglich die

Planung und Errichtung ist an die gegebenen Strukturen (zB Berücksichtigung von Tümpeln, Bäumen oder Sträuchern) anzupassen.

Bei der alternierenden Mahd im Sinne der Abs. 1 Z 6 wird zB zunächst jede zweite Reihe und, sobald diese nachwächst, die anderen Reihen gemäht. Dies sichert Blütangebote für Insekten und Nahrungsgrundlage für Pflanzenfresser. Um Überwinterungsquartiere zu sichern, können auch jährlich wechselnde Teilbereiche ungemäht verbleiben.

Die in Abs. 2 genannten Anlagen sind vom Abschlag gemäß Abs. 1 befreit – es handelt sich dabei um die bereits im EAG genannten Anlagen gemäß § 56 Abs. 10 Z 2 bis 6 EAG. Für Anlagen gemäß § 56 Abs. 10 Z 1 EAG (Agri-Photovoltaikanlagen) werden im Sinne des § 56 Abs. 11 EAG zusätzliche Anforderungen festgelegt. Diese Anlagen sind nur dann vom Abschlag befreit, wenn sie die Anforderungen gemäß Abs. 3 erfüllen. Bei Agri-Photovoltaikanlagen muss im Rahmen der Antragstellung zudem ein landwirtschaftliches Nutzungskonzept gemäß § 9 Abs. 2 Z 4 vorgelegt werden.

Zu Abs. 3: Eine landwirtschaftliche Produktion von tierischen Erzeugnissen als Hauptnutzung im Sinne des Abs. 3 Z 1 liegt nur vor, wenn die Mindestbesatzdichte gemäß § 2 Abs. 1 Z 14 eingehalten wird. Für die Umrechnung ist der Großvieheinheiten (GVE-)Umrechnungsschlüssel für landwirtschaftliche Nutztiere des Grünen Berichts 2022 zu verwenden (siehe Grüner Bericht 2022 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, S. 247, Tabelle 6.3.3). Damit soll sichergestellt werden, dass die landwirtschaftliche Hauptnutzung im Vordergrund steht. Die in Abs. 3 Z 2 genannte Anforderung ist nur dann erfüllt, wenn keine punktuell konzentrierte Verteilung und Installation der Agri-Photovoltaikanlage auf der Gesamtfläche erfolgt. Die Maßnahme zum Erhalt von bestehenden Biotopstrukturen in diesem Zusammenhang zielt auf den Erhalt von vorhandenen Lebensräumen für Pflanzen und Tiere ab. Aufgrund dessen ist die Verteilung der Photovoltaikmodule auf der Gesamtfläche an die gegebenen Strukturen (zB Berücksichtigung von Tümpeln, Bäumen oder Sträuchern) anzupassen.

Abs. 4 zweiter Satz soll im Sinne der Rechtssicherheit für Abgrenzungsschwierigkeiten klarstellen, dass Photovoltaikanlagen, welche unter Abs. 5 fallen und somit als innovativ anzusehen sind, nicht unter § 6 Abs. 1 und 2 fallen.

In Abs. 5 werden jene Anlagen festgelegt, welche als innovative Photovoltaikanlagen anzusehen sind und somit einen Zuschlag gemäß Abs. 4 erhalten. Die Festlegung der innovativen Photovoltaikanlagen erfolgte auf Basis des von der BMK in Auftrag gegebenen Gutachtens zu den Betriebs- und Investitionsförderungen. Es handelt sich hierbei um eine taxative Aufzählung.

Zu Abs. 5 Z 5: Innovative Agri-Photovoltaikanlagen müssen – neben den spezifischen Vorgaben in Z 5 – jedenfalls auch die Anforderungen nach Abs. 3 erfüllen. Zudem muss auch für diese Anlagen ein landwirtschaftliches Nutzungskonzept gemäß § 9 Abs. 2 Z 4 vorgelegt werden. Die Vorgabe hinsichtlich der Mindesthöhe zwischen Modultischunterkante und Boden gilt auch für innovative Agri-Photovoltaikanlagen, die in Hangneigung errichtet werden.

Zu § 7:

Neben Privatpersonen können auch Vereine, Unternehmen (auch Unternehmen im öffentlichen Eigentum), Gebietskörperschaften, konfessionelle Einrichtungen, etc. Antragsteller sein.

Zu § 8:

Zu Abs. 3: Die vierwöchige Verbesserungsfrist beginnt mit Einlagen der Information über die formale Unvollständigkeit in den (elektronischen) Verfügungsbereich des Förderwerbers zu laufen.

Zu § 9:

Die in Abs. 1 und 2 jeweils angeführten Angaben und Unterlagen sind Mindestangaben, welche jedenfalls anzuführen oder zu übermitteln sind. Darüber hinaus kann die EAG-Förderabwicklungsstelle gemäß Abs. 3 bei Bedarf weitere Unterlagen vom Förderwerber verlangen.

Der in Abs. 2 erster Satz genannte Nachweis über die erforderlichen Genehmigungen bezieht sich auf die verwaltungsbehördliche Genehmigung erster Instanz, ungeachtet etwaiger erhobener Rechtsmittel. Ist das Vorhaben nur anzeigespflichtig, gilt der Nachweis erst als erbracht, wenn die zuständige Behörde das Vorhaben in der jeweils vorgesehenen Frist nicht untersagt oder der Ausführung des Vorhabens vor Ablauf der Frist ausdrücklich zugestimmt hat.

Zu Abs. 2 Z 4: Für Agri-Photovoltaikanlagen gemäß § 6 Abs. 3 und für innovative Agri-Photovoltaikanlagen gemäß § 6 Abs. 5 Z 5 ist ein Nutzungskonzept inklusive eines Nutzungsplans, welcher die in Z 4 genannten Kriterien zu umfassen hat, vorzulegen. Eine Änderung der landwirtschaftlichen Nutzung nach Inbetriebnahme der Agri-Photovoltaikanlage ist möglich, sofern die

Änderung der EAG-Förderabwicklungsstelle mitgeteilt wird und diese ihre Zustimmung zum aktualisierten Konzept erteilt hat (siehe dazu § 14 Abs. 3 Z 4).

Zu § 10:

Zu Abs. 2: Um ausreichend Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Berechnungsgrundlagen zu gewährleisten, hat die EAG-Förderabwicklungsstelle die von ihr ermittelten Investitionskosten der Referenzanlage samt Berechnungsmethode auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen.

Zu § 12:

§ 12 Abs. 2 legt den Inhalt der Förderverträge fest, dessen Z 7 umfasst insbesondere Bestimmungen zur Gewährleistung der Einhaltung der DSGVO.

Zu § 13:

Zu Abs. 1: Da bei Wasserkraftanlagen mit einem deutlich erhöhten Aufwand zur Erstellung der Abrechnungsunterlagen zu rechnen ist, ist für Wasserkraftanlagen eine längere Frist von 24 Monaten vorgesehen. Die Unterlagen sind unter einem als Gesamtpaket zu übermitteln. Sofern Unterlagen für die Endabrechnung fehlen, wird dem Fördernehmer die Möglichkeit zur Nachreichung eingeräumt. Die EAG-Förderabwicklungsstelle hat hierfür eine angemessene Frist festzulegen.

Die in Abs. 3 bis 6 jeweils angeführten Unterlagen sind Mindestanforderungen, die jedenfalls zu übermitteln sind.

Zu Abs. 4 Z 7: Der Nachweis kann durch eine Stellungnahme der gewässerökologischen Bauaufsicht gemäß § 120 Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 73/2018, erbracht werden. Befindet sich der unmittelbare Anlagenbereich (gemäß der wasserrechtlichen Bewilligung) zur Gänze außerhalb der wertvollen Gewässerstrecken bzw. von Schutzgebieten gemäß § 56a Abs. 1 Z 1 und 2 EAG, genügt der Lagenachweis hierfür.

Zu § 14:

Zu Abs. 2: Da Kollaudierungsverfahren oftmals erst nach längerer Zeit abgeschlossen werden, muss die Bestätigung der konsensgemäßen Errichtung nicht bereits für die Endabrechnung vorliegen, sondern ist nach Erhalt des Kollaudierungs- bzw. Überprüfungsbescheids nachzureichen. Wird dem nicht nachgekommen, liegt ein Rückzahlungsgrund gemäß § 15 Abs. 1 Z 3 vor.

Zu Abs. 3: Eine wesentliche Änderung iSd Z 1 liegt insbesondere dann vor, wenn erstinstanzlich neue oder zusätzliche Genehmigungen bzw. Bewilligungen erforderlich sind, weiters bei einer Zusammenlegung von mehreren Anlagen oder einer Anlagenteilung sowie bei Änderungen im Zusammenhang mit der Leistung der Anlage.

Zu § 15:

§ 15 zählt die Rückzahlungsverpflichtungen auf.

Zu Abs. 1 Z 10: Nicht in der Sphäre des Fördernehmers liegen etwa Fälle höherer Gewalt. Der Fördernehmer muss den Nachweis hierfür erbringen, dass der Nichteintritt des projektierten oder vereinbarten ökologischen Erfolgs nicht in seinem Einflussbereich lag.

Zu § 16:

Zu Abs. 2: Relevante Bestimmungen des EAG sind insbesondere die §§ 55 bis 57a EAG.